

des organes chargés de ces tâches ainsi que de leurs activités;
 – la collaboration entre la Confédération et les cantons et la délimitation de leurs compétences respectives;
 – le contrôle judiciaire de la légalité des fichiers.

Sprecherin – Porte-parole: Segmüller

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Das Recht auf Entfaltung der Bürgerinnen und Bürger in einer freiheitlichen und demokratischen Staatsordnung beinhaltet auch den Schutzanspruch vor gewaltsamen Uebergriffen durch terroristische und/oder verbrecherische Organisationen bzw. vor Vorbereitungstätigkeiten für nachfolgende Gewaltakte.

Dieser Schutz bedingt neben der Verfolgung auch ein kontrolliertes und umschriebenes Mass an Prävention vor Straftaten. Prävention und jede Art der zeitweiligen oder längerdauernden Beeinträchtigung individueller Grundrechte bedürfen eindeutiger gesetzlicher Grundlagen, müssen überwiegenden öffentlichen Interessen entsprechen und verhältnismässig sein.

Die Interpretationsfähigkeit dieser Kriterien ruft nach Sicherstellung der politischen Kontrolle durch Exekutive und Parlament und bedarf einer Regelung der Einsichtsrechte durch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Ausserdem soll eine unabhängige richterliche Behörde im Streitfall über die Gesetzmässigkeit von Datensammlungen und das Einsichtsrecht des einzelnen entscheiden können.

Auf dem Weg einer klaren gesetzlichen Grundlage kann für den notwendigen Schutz unserer demokratischen Grundordnung die Vertrauensbasis wiedergeschaffen werden, die durch einzelne Fehlleistungen, durch individuellen Ueberleifer, durch Fehlbeurteilungen und durch mangelnde politische Kontrolle angeschlagen worden ist.

Mit dieser Motion werden nur die zentralen Elemente eines künftigen Gesetzes angesprochen. Die Aufnahme weiterer regelungsbedürftiger Bereiche (z. B. Sicherheitsprüfungen) bleibt vorbehalten.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 11. Juni 1990

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 11 juin 1990

Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Le président: MM. Rechsteiner et Leuenberger-Soleure ainsi que le groupe écologiste combattent la motion du groupe démocrate-chrétien. La discussion est renvoyée à une date ultérieure.

Verschoben – Renvoyé

90.442

Motion Haering Binder
Publikation von Bauentscheiden
Autorisations de construire.
Publication

Wortlaut der Motion vom 21. März 1990

Der Bundesrat wird eingeladen, das Bundesgesetz über die Raumplanung wie folgt zu ergänzen:

Artikel 22 Baubewilligungen

Absatz 3 (neu)

Bauentscheide müssen im Amtsblatt veröffentlicht werden.

Texte de la motion du 21 mars 1990

Le Conseil fédéral est chargé de compléter la loi fédérale sur l'aménagement du territoire comme il suit:

Article 22 Autorisation de construire

Alinéa 3 (nouvelle teneur)

La décision relative à l'autorisation de construire est publiée dans l'organe officiel du canton.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Bäumlin Ursula, Bodenmann, Bundi, Hafner Ursula, Ledegerber, Longet, Rechsteiner, Zbinden Hans, Züger (10)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Mit der vorgeschlagenen Publikationspflicht für Bauentscheide werden folgende Ziele verfolgt:

– Die Verankerung dieser Publikationspflicht im Bundesgesetz garantiert eine einheitliche Publikation in allen Kantonen.

– Die Publikationspflicht für Bauentscheide bringt administrative Vereinfachungen mit sich, indem potentielle Rekurrenten nicht mehr, wie bis anhin in vielen Kantonen, bereits bei der Publikation der Baueingaben ein Gesuch um Zustellung des Bauentscheids stellen müssen – ein Gesuch, das, je nach Ausgang des Baubewilligungsverfahrens, in vielen Fällen hinfällig werden kann.

Es ist im weiteren auf folgende Punkte hinzuweisen:

– Diese Bestimmung gilt sowohl für Baubewilligungen innerhalb als auch für Ausnahmegewilligungen ausserhalb der Bauzone.

– Die Frage der Rekursfristen ist auf Verordnungsebene entsprechend anzupassen.

– Die Möglichkeit der zusätzlichen Publikation der Baueingaben bleibt den Kantonen und Gemeinden vorbehalten.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 23. Mai 1990

Rapport écrit du Conseil fédéral du 23 mai 1990

Nach der heute geltenden Kompetenzaufteilung ist die Regelung des Baubewilligungsverfahrens weitgehend Aufgabe der Kantone (Art. 25 Abs. 1 RPG). Abgewichen wird von diesem Grundsatz einzig bei den Rechtsschutzbestimmungen und bei den Ausnahmegewilligungen nach Artikel 24 RPG. Ausnahmegewilligungen ausserhalb der Bauzonen dürfen nur von einer kantonalen Behörde oder mit deren förmlichen Zustimmung erteilt werden (Art. 25 Abs. 2 RPG). Zudem sind die Kantone seit der Revision der Raumplanungsverordnung im Jahre 1986 verpflichtet, die erstinstanzlich erteilten Bewilligungen im Sinne von Artikel 24 RPG im kantonalen Publikationsorgan gesondert anzuzeigen.

Nebst einer gewissen aufsichtsrechtlichen Funktion – der Bundesrat kann sich aufgrund der Publikationen über den Vollzug von Artikel 24 RPG in den Kantonen ins Bild setzen – ersetzt diese Publikationspflicht die Mitteilungspflicht dieser Verfügungen an die beschwerdeberechtigten Verbände und Behörden (Art. 103 Bst. b und c OG; Art. 34 Abs. 1 und 2 RPG; Art. 36 Bst. c VwVG). Bei den innerhalb der Bauzone erteilten Baubewilligungen bestand bisher kein Anlass, eine Veröffentlichung vorzuschreiben, weil der Kreis der Beschwerdeberechtigten enger ist. In neuerer Zeit entwickelt sich das Baubewilligungsverfahren aber tatsächlich immer mehr zum Trägerverfahren auch für andere Bewilligungen, besonders aus den Gebieten des Umweltschutzes, des Waldrechts, des Natur- und Heimatschutzes oder des Fischereirechts. All diese Gesetze sehen ein mehr oder weniger weit gehendes Verbands- und Behördenbeschwerderecht vor, was oft zu unerfreulichen Abgrenzungsschwierigkeiten im Rechtsschutzverfahren führt, dessen Aufgabe doch eine umfassende, gesamtheitliche Überprüfung eines Projektes ist (so etwa BGE 114 Ib 224ff.). Diese Situation war für den Bundesrat Anlass, auch den entscheidenden Artikel 12 NHG in die Revision dieses Gesetzes miteinzubeziehen. Der Revisionsentwurf – er befindet sich zurzeit im Vernehmlassungsverfahren – statuiert eine generelle Publikationspflicht und beauftragt den Bundesrat, in einer Verordnung die Einzelheiten zu regeln.

Diese Ausführungen zeigen, dass der Bundesrat die berechtigten Anliegen der Motionärin erkannt und auch bereits ent-

sprechend gehandelt hat. Er hat zudem bei der Beantwortung verschiedener parlamentarischer Vorstösse seinem Willen Ausdruck gegeben, dem Vollzug von Artikel 25 Absatz 2 RPG Nachachtung zu verschaffen. Der Bundesrat möchte sich aber die Möglichkeit offenhalten, eine Regelung auf Verordnungsstufe zu treffen und nicht zwingend das RPG zu revidieren.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Le président: M. Bühler combat la motion Haering Binder. La discussion est renvoyée à une date ultérieure.

Verschoben – Renvoyé

90.445

**Motion Hösli
Investitionskosten
für Unterbringung von Asylanten
Hébergement des demandeurs
d'asile. Dépenses d'investissement**

Wortlaut der Motion vom 21. März 1990

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen des dringlichen allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses im Asylwesen folgende Neuregelung zu treffen:

Der Bund vergütet den Kantonen im Rahmen der Pflicht zur Uebernahme der Fürsorgeleistungen gemäss Artikel 20a und 20b Asylgesetz die Investitionskosten bei deren Entstehung für die Unterbringung der Asylbewerber.

Texte de la motion du 21 mars 1990

Le Conseil fédéral est chargé, dans le cadre de l'arrêté fédéral de portée générale sur l'asile, de prévoir la nouvelle réglementation suivante:

Dans le cadre de l'obligation de prise en charge des prestations d'assistance (art. 20a et 20b de la loi sur l'asile), la Confédération rembourse aux cantons les dépenses d'investissement occasionnées par l'hébergement des demandeurs d'asile.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann, Braunschweig, Bühler, Bundi, Bürgi, Büttiker, Columberg, Daepf, David, Diener, Engler, Fehr, Fischer-Häggingen, Frey Walter, Früh, Gysin, Hari, Hess Otto, Humbel, Jung, Keller, Kuhn, Kühne, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Luder, Maeder, Meier-Glatfelden, Müller-Aargau, Müller-Wiliberg, Nabholz, Nebiker, Neuenschwander, Nussbaumer, Ott, Portmann, Reimann Maximilian, Rutishauser, Rüttimann, Rycken, Scheidegger, Schwab, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Stamm, Stappung, Stocker, Tschuppert, Wanner, Wellauer, Widmer, Wiederkehr, Wyss William, Zölch, Züger, Zwygart (57)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Zustrom von Asylbewerbern hat in den letzten Jahren stark zugenommen. 1989 wurden 24 425 Gesuche eingereicht. 1990 werden über 30 000 Asylbewerber erwartet. Eine Trendwende ist vorläufig nicht in Sicht.

Mit dieser Entwicklung verschärfen sich die ohnehin schon akuten Unterbringungsprobleme in Kantonen und Gemeinden weiter. Der Zustrom ist zudem eine kaum beeinflussbare, unberechenbare Grösse. Diese Sachlage erfordert rasches und flexibles Handeln. Dies wird heute dadurch erschwert, dass Kauf und Erstellung von Objekten (Zentren, Foyers etc.) in der Regel den Finanzkompetenzbestimmungen von Kanto-

nen und Gemeinden unterstehen, obwohl der Bund die Investitionen den Kantonen über die Betriebskostenrechnung zurückerstattet. Damit wird es oft nicht möglich, ein geeignetes Objekt zu kaufen, weil dessen Finanzierung ungewiss ist, d. h. kein rechtsgültiger Beschluss vorliegt.

Mit einer Vorfinanzierung durch den Bund könnten diese Nachteile eliminiert werden, ohne dass die Eidgenossenschaft mittel- und langfristig finanzielle Nachteile in Kauf zu nehmen hätte. Die Investitionsaufwendungen würden durch das Wegfallen der Amortisation in den Zentrenrechnungen kompensiert.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
vom 30. Mai 1990*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral
du 30 mai 1990*

Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Eine entsprechende Gesetzesbestimmung wird den eidgenössischen Räten im Rahmen des dringlichen Bundesbeschlusses über das Asylverfahren unterbreitet.

Ueberwiesen – Transmis

89.815

**Postulat Jeanprêtre
Erhebungen zur Lebensqualität
Micro-recensements
et qualité de la vie**

Wortlaut des Postulates vom 15. Dezember 1989

Der Bundesrat hat in den Richtlinien der Regierungspolitik 1987–1991 das qualitative Wachstum zur Leitidee gemacht. Gestützt darauf wird er eingeladen, das Bundesamt für Statistik mit der Durch- oder der Weiterführung repräsentativer Haushaltsbefragungen über Freizeit, soziale Kontakte, Ausbildung und Beschäftigung, familiäre Beziehungen, Gesundheit und Umwelt zu beauftragen.

Die Befragungen müssen so strukturiert sein, dass sie einen Ueberblick über die Lebensbedingungen der Gesamtbevölkerung und insbesondere gewisser Gruppen (Frauen, Jugendliche, Ausländer, Betagte u. a.) vermitteln.

Texte du postulat du 15 décembre 1989

En accord avec la croissance qualitative qu'il a fixée comme principe fondamental des lignes directrices de son programme de législature 1987–1991, le Conseil fédéral est invité à entreprendre ou à poursuivre des enquêtes représentatives – par son Office fédéral de la statistique – auprès des ménages et sur les thèmes suivants: les loisirs, les contacts sociaux, la formation et l'emploi, les relations familiales, la santé et l'environnement.

Ces enquêtes doivent se structurer de façon à pouvoir donner une image synthétique des conditions de vie de l'ensemble de la population et de certains groupes en particulier, tels que les femmes, les jeunes, les étrangers, les personnes âgées, etc.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Bär, Béguelin, Bircher, Borel, Carobbio, Déglise, Fankhauser, Hafner Rudolf, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Matthey, Meier-Glatfelden, Morf, Neukomm, Ott, Paccolat, Piteloud, Rebeaud, Stappung, Stocker, Uchtenhagen, Wiederkehr (24)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Le Conseil fédéral a choisi la croissance qualitative et l'amélioration de la qualité de la vie comme principes fondamentaux des lignes directrices de son programme de la législature de

Motion Haering Binder Publikation von Bauentscheiden

Motion Haering Autorisations de construire. Publication

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.442
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.06.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1257-1258
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 730

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.